



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/KII/229 - 7. Oktober 1957

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24881 - 33
Fernschreiber 0886890

Diskussion um den Erstelliter	S. 1
Die Ergebnisse des Labour-Parteitag	S. 3
Rumänierdeutsche können reisen	S. 5
Legendärer Erhard	S. 6
Zur Begegnung Lullies-Gromyko	S. 9

Auch eine "Nutzanwendung"

sp. Nach der ersten Überraschung über den Start des russischen Erdsatelliten beginnt man in der westlichen Welt, die "Schuld" daran zu suchen, dass der Westen auf dem Gebiet der Raketenforschung im Hintertreffen geblieben ist. Besonders in den Vereinigten Staaten sucht man einen Sündenbock. Ein amerikanischer Senator erklärte, es zeige sich jetzt, wie falsch es gewesen sei, dass man sofort nach 1945 nicht mehr deutsche Gelehrte nach den USA "eingeladen" habe. Nun, wenn wir uns recht erinnern, wurden die deutschen Gelehrten damals weder von den Amerikanern, noch von den Russen "eingeladen". Sie wurden einfach gefangen genommen und mit mehr oder weniger sanfter Gewalt entweder hinter den Urall oder in die Laboratorien der Vereinigten Staaten gebracht. Vielleicht hatten die Russen dabei die "Vorhand"; sie waren ja auch zuerst im deutschen Forschungszentrum Peenemünde! Aber das ist jetzt nicht entscheidend. Unabhängig von allen Überlegungen, ob man nicht so oder so besser gehandelt hätte, bleibt die Tatsache bestehen, dass den Wissenschaftlern und Technikern der Sowjetunion das grosse Experiment des Starts in den Weltraum gelungen ist.

Und nun geschieht etwas Merkwürdiges. Schon heute sind in besten Stimmen laut geworden, die ihr Bedauern darüber zum Ausdruck bringen, dass man in der Demokratie die Wissenschaftler und Techniker, aber auch die übrigen Menschen nicht aus Gründen der Staatsräson in Forschungspläne und Planaufgaben rücksichtslos einsparen kann. Im Westen müsste man auf die 40-Stunden-Woche Rücksicht nehmen, man habe mit -2-

Weser oder jener sozialen Forderung der Arbeitnehmer zu rechnen und sei sogar gehalten, die Individualität wissenschaftlicher Forscher einzukalkulieren. Der Staat im Osten dagegen brauche alle diese Eigenarten einer modernen Demokratie nicht zu beachten; er könne die Menschen zur Erfüllung jedes Plansolls zwingen.

Bisher klingt es immer anders. Es hiess, der Westen sei deswegen überlegen, weil er die Leistung des Individuums fördere, den Lebensstandard der Massen steigere und das Freiheitsideal zur Maxime seines Handelns erhoben habe. Ein Ereignis wie das des Starts des russischen Erdsatelliten genügt, um ein ganzes Gedankengebäude zu erschüttern. Ein böses Zeichen, wenn der Westen auf diese Weise beginnt, Imitationen aus der neuen grossen technischen und wissenschaftlichen Leistung der Sowjetunion zu ziehen.

Die unselige Methode des Entweder-Oder-Denkens bei der Betrachtung politischer und jetzt sogar technisch-wissenschaftlicher Ereignisse ist eine Krankheit. Doch weder die Behauptung, dass in der Sowjetunion die Wissenschaftler nur unter Zwang arbeiten, ist richtig, noch die Behauptung, dass sich der Westen bei den Versuchen der Erreichung grosser technischer und wissenschaftlicher Ziele in jeder Beziehung auf den Forschungswillen des Individuums verlassen kann. Die Richtige dürfte in der gelassenen Mitte liegen. Wir müssen nun einmal im Westen erkennen, dass in der Sowjetunion eine neue Generation erwachsen ist, in der es noch Menschen gibt, die freiwillig der Wissenschaft dienen und zu höchsten Leistungen fähig sind. Andererseits müssen wir begreifen lernen, dass bei uns im Westen vieles, was der Geist zu seiner Entfaltung braucht, wegen einer falschen Politik vernachlässigt wird.

Sehen wir uns nur einmal die Bundesrepublik an. Man ist stolz auf das sogenannte Wirtschaftswunder. Man gibt neun bis elf Milliarden DM pro Jahr für Bildungszwecke aus. Es fehlt aber das Geld, um Schulen zu bauen, Forschungen zu finanzieren und unsere Universitäten in den Stand der höchsten Leistungsfähigkeit zu setzen. Oder Frankreich: Das Militärbudget dieses wichtigen europäischen Staates hat seit Jahren wegen des inzwischen beendeten Indochina-Krieges und des noch geführten Algerien-Krieges gigantische Ausmass angenommen. Zu Beginn des neuen Schuljahres am 1. Oktober stellte es sich jedoch heraus, dass nicht genügend Klassen und eine zu geringe Zahl von Lehrern vorhanden waren, um die neu eingeschulten Kinder unterrichten zu können.

Das sind nur zwei Beispiele, die eindringlich zeigen, wo das materielle und geistige Defizit eines grossen Teiles der westlichen Welt zu suchen ist. Die Freiheit wird der Westen gegenüber drohenden Gefahren nur bewahren können, wenn er die Zeichen der zweiten industriellen Revolution versteht und wenn er in freier Entschlossenheit sein bisher sehr einseitiges Denken und Handeln der neuen Gegebenheiten dieser Welt anpasst.

Brighton als Sprungbrett zu Whitehall

E. A. , London

Die nationale Tante der wohlhabenderen britischen Klasse, die "Times" fasste das Ergebnis von Brighton in den Sätzen zusammen: "Wenn die Labourparty stillsteht, interne Zwickungen vermeidet und es vermeidet, die Wählermassen zu erschrecken, so hat sie berechnete Hoffnungen, vom Pendelschwung wieder an die Macht gebracht zu werden. Aber Herr Gaitskell hat seine Ziele noch höher gesteckt. Das Ziel seiner Wahlstrategie besteht darin, einen Landrutsch herbeizuführen, jene Mehrheit zu erlangen, die Aussichten auf nicht nur fünf sondern auf zehn Jahre in Regierungswert eröffnet." Das ist nicht schlecht. Es zeigt, dass sich selbst ein in der Grundhaltung so konservatives Organ wie die "Times" nach Brighton damit öffnen zu müssen glaubt, dass Labour die oberste und übermächtigste britische Partei stellen wird.

Der Parteitag schloss mit einer letzten Breitschicht gegen die Ferrypolitik, nämlich einer Resolution, die Stabilisierung der Preise und der Lebenshaltung fordert. Mit dem Beschluss über Löhne, Pensionen und Lebenshaltungskosten hat sich die Partei wirksame Waffen für den nächsten Allkampf beschaffen, sie warnt die Konservativen an ihren verwundbarsten Stellen treffen und die unentschiedenen Wähler ins Lager der Labour Party zu ziehen. In allen diesen Fragen waren es die Delegierten einzig, die Brighton über Kopf zum ersten Male mit lauten Tönen einen Ausdruck der Einmütigkeit aufgewiesen hat, der sich besonders über interne Spaltungen hinweg streifte. Selbst bei den meist unstrittigen Problemen der zukünftigen Sozialisierungs- und Außenpolitik haben die Abstimmungen derartig überwältigende Mehrheiten für die von der Exekutive vorgelegten Plattformen ergeben, dass sie als einmütige Demonstration der Geschlossenheit der Labourbewegung wirken müssen.

Klares Alternativprogramm

Nach dem Parteitag in Brighton kann sich jedermann in England ein Bild davon machen, wie Grossbritannien sich in der kommenden Periode von Labourregierungen entwickeln wird. Die Wirtschaftspolitik wird von den Prinzipien beherrscht sein, wie sie von der politischen Erklärung "Industrie und Gesellschaft" niedergelegt wurden. Wiederverstaatlicht werden Eisen und Stahl, der Güter-Strassen-fernverkehr und die Wasserversorgung. Weitere Verstaatlichungen werden nur nach wirtschaftlichen Notwendigkeiten und vorheriger Überprüfung der in Frage kommenden Wirtschaftszweige in Angriff genommen werden. Sie können ergänzt werden, indem sich der Staat durch Aktienkäufe an einer Auswahl der 500 Grosskonzerne beteiligt. Mit anderen Worten, der öffentliche Sektor der britischen Ökonomie wird von den augenblicklich rund 20 Prozent auf mindestens 25 Prozent und wahrscheinlich auf mehr erweitert werden. Zentrale Planwirtschaft und Kontrollen werden das Rückgrat der sozialistischen Politik bilden. Der gemischtwirtschaftliche Charakter der britischen Ökonomie wird beibehalten und nicht durch zukünftige Gleichgewichtsverschiebungen gestört werden. Diese ruhige aber stetige Entwicklung geht vielen prinzipienstreuen Sozialisten zu langsam. Ted Hill, der Sekretär der Eisenbahngewerkschaft, Ricardo und

Barbara Castle vom Parteivorstand, aber selbst Herbert Morrison und Bainwell kritisierten die Bedächtigkeit einer Politik, in der das "reiche rote Blut der sozialistischen Überzeugung" nicht mehr pulsiere. Gaitskell aber verlangte für eine kommende Labourregierung freie Hand - und erhielt sie in einer Abstimmung, die seinen Standpunkt mit einer vier zu eins Mehrheit billigte.

"Das verfluchte Ding"

Brighton aber gab mit einer noch stärkeren Mehrheit auch freie Hand für einen kommenden sozialistischen Außenminister, der wehrscheinlich Aneurin Bevan sein wird. Die Hauptschlacht um die Außenpolitik wurde in einer gefühlsmässig stark bewegten Diskussion um die sofortige Abschaffung oder die vorläufige Beibehaltung der Wasserstoffbombe geführt. Nachdem Frank Cousins, der Generalsekretär der mächtigen Transportarbeitergewerkschaft, erklärt hatte, dass die verfluchten Atombomben die Zukunft seines sechsjährigen Kindes nicht überschatten dürften, schien ein Appell an die nächste Labourregierung gesichert zu sein, unverzüglich die Herstellung von Kernwaffen einzustellen und alle bestehenden Vorräte von Atomwaffen zu vernichten. Dann sprach Aneurin Bevan - und die Situation änderte sich schlagartig.

Bevan wies auf die Konsequenzen einer solchen Politik hin, die Verzicht auf eine aktive Außenpolitik bedeuten würde. Eine einseitige Achtung der Wasserstoffbombe durch Grossbritannien würde das fürchterliche Problem nicht lösen, sondern noch komplizierter machen. Es gehe doch nicht darum, wer für oder gegen die Wasserstoffbombe sei, sondern darum, wie man das "verfluchte Ding" am schnellsten und wirksamsten zerstören könne. Der Weg hierfür sei Staatskunst, nicht aber gefühlsmässiger Krampf. Eine solche Erklärung von Aneurin Bevan, der in ungezählten Massenversammlungen die Gefahren eines Atomkrieges aufgezeigt und die internationale Abschaffung der Kernwaffen gefordert hatte, musste für viele seiner Freunde wie ein Verrat ihrer Überzeugungen klingen. Aber auch diesmal zwang er seine Zuhörer in den Bann seiner Überzeugungskraft. Mit einer Mehrheit von sieben zu eins wurde die von Bevan bekämpfte Resolution zur sofortigen Abschaffung der britischen Wasserstoffbombe abgelehnt.

An der Schwelle von Downing Street

Mit Recht weisen die konservativen Zeitungen darauf hin, dass Bevan wie ein Mann gesprochen habe, der an der Schwelle von 10, Downing Street stehe. Der konzervativere "Daily Telegraph" rief sich die Hände und schrieb, aus Nye Bevan sei ein Ernest Bevin geworden. Seine Freunde aber dürften sich verflüchtigen, wenn Bevan erst einmal an Selwyn Lloyds Stelle Grossbritannien bei Abrüstungs- und anderen internationalen Konferenzen vertreten wird. Denn Verantwortungsgefühl und sozialistische Überzeugung schliessen einander nicht aus und dürften sich wirkungsvoll ergänzen, wenn im Gefolge von Brighton eine neue Labourägide für Grossbritannien anbricht.

Erleichterung für Rumäniendeutsche

sp. Die gute Arbeit des Deutschen Roten Kreuzes im Interesse der Vorbereitung von normalen Beziehungen zu den Ostblockstaaten beginnt jetzt auch in Rumänien ihre Früchte zu tragen. In absehbarer Zeit wird Rumänien einigen tausend Rumäniendeutschen die Ausreisegenehmigung für Besuchsreisen zu ihren Verwandten in die Bundesrepublik erteilen. Bereits im August und September sind 162 Rumäniendeutsche zu ihren Verwandten gefahren.

Es ist wenig bekannt, daß in Rumänien etwa 400 000 deutschstämmige Bürger wohnen, die allerdings die rumänische Staatsangehörigkeit haben. Durch die Nachkriegsereignisse wurden etwa 70 000 Rumäniendeutsche nach Deutschland zurückgeschickt. Hierbei sind viele Familien getrennt worden. Die rumänische Regierung will jetzt die Zusammenführung dieser Familien beschleunigen, wobei sowohl in Deutschland lebende "Volksdeutsche" nach Rumänien zurückkehren können, wie auch umgekehrt.

Außer dem Roten Kreuz hat sich besonders der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Ludwig Metzger große Verdienste um die Lösung dieses Problems erworben. Metzger besuchte im Juli/August dieses Jahres Rumänien und setzte sich dort in Gesprächen mit maßgebende Regierungstellen und der Vertretung des Roten Kreuzes für die schnelle Regelung der Familienzusammenführung ein.

Auch in diesem Falle zeigt sich, daß menschliche Probleme jenseits von Politik und Prestige oft einfacher gelöst werden können, als wenn sich die Staatspolitik ihrer bemächtigt. Natürlich hat die rumänische Regierung in letzter Zeit mehrfach durchblicken lassen, daß auch auf dieser Ebene manches leichter und schneller geregelt werden könnte, wenn sich die Bundesregierung dazu entschließen würde, normale diplomatische Beziehungen zu Rumänien aufzunehmen. In Form sollte hierbei nicht unterdrückt bleiben, daß Rumänien seit 1945 annähernd 60 000 deutschen Bauern ihre Höfe wieder zurückgegeben hat. Die Herstellung diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Rumänien könnte auch zu einer verhältnismäßig schnellen Normalisierung der wirtschaftlichen Verbindungen führen.

Die Legende Erhard

sp In Deutschland wird seit jeher mit Legenden Politik gemacht; mit schlechten und gelegentlich auch mit guten. Es gab eine Legende Ludendorff und eine Legende Hindenburg. Es gab sogar eine Dolchstoß-Legende. Kurz nachdem Hitler beschlossen hatte, Politiker zu werden, entstand auch um ihn eine Legende. Die NSDAP gab z.B. in den zwanziger Jahren eine Broschüre unter dem Titel "Hitler als Frontsoldat" heraus. Darin konnte man lesen, Adolf habe im ersten Weltkrieg 7 Franzosen "umzingelt und gefangen genommen". Viele Deutsche glaubten das, einfach weil sie es glauben wollten. Sie wollten einen Helden haben....

Auch in der Bundesrepublik wird mit Legenden Politik gemacht. Die schönste und rührendste von allen ist die um den Professor Ludwig Erhard. Die Legende besagt, Erhard sei der grösste Wirtschaftsfachmann aller Zeiten. Er habe die freie und soziale Marktwirtschaft erfunden, und wenn es ihn nicht gegeben hätte, dann wären die armen Deutschen in der Bundesrepublik entweder elend verhungert, oder sie hätten sich beim Schlangengessen vor den Geschäften Kranpfadern und andere Gesundheitsbeschäden geholt.

Viele Deutsche glauben das tatsächlich. Sogar im Ausland ist man teilweise davon überzeugt.

Es ist zwar grausam, eine Legende zu zerstören, aber trotzdem muss es geschehen. Denn nichts ist peinlicher für ein Volk als wenn es immer wieder erkennen muss - meist zu spät - dass es an der Nase herumgeführt wurde.

Beimalt haben wir seit der angekündigten Preiserhöhung für Kohle und seitdem Herr Professor Erhard laxentierende Bewährungsreden führt, zu ergründen versucht, wann dieser Mann eigentlich tatsächlich "Wirtschaftspolitik gemacht" hat. Das Resultat dieses Versuchs ist erschütternd.

Erhard hat ein einziges Mal "Wirtschaftspolitik gemacht". Das war, als er beim Währungschnitt die Preise laufen liess und auf diese Weise dafür sorgte, dass die glücklichen Besitzer von gehorteten und zu

7. Oktober 1957.

Reichsmarkklöhnen erzeugten Waren in wenigen Monaten zu DM-Millionären wurden.

Von diesem Augenblick an hat die Wirtschaft mit Erhard Politik gemacht. Während des Korea-Krieges rutschte auch die westdeutsche Wirtschaft in eine nie geahnte Konjunktur hinein. Ohne Erhards Schuld oder Verdienst. Während die sogenannten kleinen Leute brav und bieder die durch fleissige Arbeit und auf der Grundlage ihrer bei der Währungsreform erhaltenen 40 DM- die ersten bescheidenen Absätze für einige Rücklagen an privatem Vermögen schufen, konnte damals schon die Creme unserer Wirtschaftsgesellschaft Millionen verdienen. Prof. Ludwig Erhard liess sich inzwischen mit einer dicken Zigarre im rosigen Gesicht fotografieren und hielt bei Jahreshauptversammlungen der Wirtschaftsverbände und bei der Eröffnung von Ausstellungen grossartige Reden.

Das Investitionsprogramm der deutschen Wirtschaft, basiert auf die Kapitalbeschaffung über den Preis, und die natürlichen Impulse einer allgemeinen Konjunktur in der westlichen Welt boten Erhard die Chance, praktisch auf jede vorausschauende Wirtschaftspolitik zu verzichten.

Als unser legendärer Professor feststellen musste, dass ihm die Wirtschaft davonlief, das heisst, dass eine Preisentwicklung einsetzte, die den Grossverdienern noch grössere Chancen zur Bildung privater Vermögen auf Kosten der Allgemeinheit gab, wollte Erhard endlich "Wirtschaftspolitik machen". Die Wahlen standen vor der Tür.

Aber genau an diesem Punkte scheiterte er. Die Wirtschaft hatte den legendären Professor längst überflügelt. Das von ihm geforderte Kartellgesetz, mit dessen Hilfe Preisabsprachen und Preisbindungen kontrolliert und sogar unmöglich gemacht werden sollten, wurde von der Wirtschaft zu Fall gebracht. Sogar Erhards eigene Partei, die CDU, liess ihn im Stich. Als Erhard wütend in Frankfurt lospolterte, er werde die Preise "mit brutaler Gewalt" in Ordnung bringen, lachten ihm die wirklichen Herren der Bundesrepublik, die Unternehmerbönde aus. Als er schliesslich sogar durch willige Einfuhrer die Preise regulieren wollte, und seine Zollvorlagen einbrachte, wurden diese von den Interessenvertretern im Bundestag und den Wirtschaftsverbänden der "freien und sozialen Marktwirtschaft" so durchlöchert, dass in den Händen der allge

gepligten und bestaunten Wirtschaftsministers nur noch ein höchstliches Spielzeug übrig blieb. Der legendäre Professor aber liess sich weiter mit dicken Zigarren fotografieren,....

Und jetzt die Erhöhung der Kohlenpreise! Wer von einer Legende unwoven ist, muss das um ihn herumgeschriebene Theaterstück bis zum bitteren Ende spielen. Heute müsste es eigentlich jeder merken: Als Erhard in den Wochen vor der Wahl seine frechen Reden gegen die "experimentierstüchtigen Sozialdemokraten" hielt, als er feierlich versicherte, in seinen Händen würden die deutsche Wirtschaft, die Preise und die Mark stabil bleiben, da wusste er schon, dass er dieses Versprechen nie halten könnte. Schon Wochen vor der Wahl - das ist jetzt bekannt geworden - hatte der Ruhr-Bergbau die Preiserrhöhung für Kohle angekündigt. Nur mit Rücksicht auf die Wahl war die angekündigte Preiserrhöhung verschoben worden. Noch selten hat man unser Volk so betrogen wie in dem hinter uns liegenden Wahlkampf.

Die Legende Erhard nähert sich ihrem Ende. Koch schwimmt der legendenunwobene Mann über. Vielleicht lässt man ihn sogar noch eine Weile schwimmen, und ihm selbst wird kaum etwas anderes übrig bleiben als weiterhin den Eindruck zu erwecken, er sei tatsächlich der Lenker der deutschen Wirtschaft.

Es ist nicht Schadenfreude, die uns veranlasst, von der Legende Erhard zu sprechen. Das wäre zu billig. Wir tun es, weil wir glauben, dass unser Volk ein besseres Schicksal verdient hat, als immer wieder durch Legenden von der Wirklichkeit abgelenkt zu werden.

+ + +

Wirtschaftlicher Rundfunk: Welche wirtschaftspolitischen Konsequenzen die Bundesregierung zu ziehen gedenkt, liess der Bundeswirtschaftsminister auf der Pressekonferenz völlig offen. Dem Kampf um die Stabilität der Kohlepreise hat Erhard darin aufgegeben. - Es war der Fehler Erhards, dass er sein politisches Gewicht heute mit dem vor der Wahl verwechselte, als er der Wirtschaft im Frühjahr einen gewissen Preisstop abgewinnen konnte. Heute fand die Kohlewirtschaft sein Gewicht sogar zu leicht, dass sie ihm nicht einmal formale Konzessionen hinsichtlich des Zeitpunktes und der Höhe schulden zu sein glaubte. Sie wusste allerdings auch, dass der Bundeswirtschaftsminister von wirklich empfindlichen Waffen keinen Gebrauch machen würde. Schliesslich hat er nicht einmal die bedeutenden Kohlegesellschaften dazu bewegen, sich auf seine Seite zu schlagen.

Deutschlandfrage - kein passender Diskussions-
gegenstand

sp. Schüchtern machte der amerikanische Außenminister Dulles in seinem vierstündigen Gespräch mit dem sowjetrussischen Außenminister Gromyko den Versuch, auch die Deutschlandfrage in den Kreis der Gesprächsthemen einzubeziehen. Er stieß auf Ablehnung, und dies, obwohl nach dem darüber ausgegebenen kürzlichen Kommuniqué die Themen so wichtige Fragenkomplexe wie die Abrüstung, die Situation in Nahen Osten, die Lage in Europa und Kontakte zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion berührten. Ein Gespräch über Europa, ohne das Deutschlandproblem dabei zu behandeln - diese Paradoxie macht mit erschreckender Deutlichkeit offenbar, in welchen weltpolitischen Windschatten die deutsche Wiedervereinigung geraten ist. Die Weigerung Gromykos hat den amerikanischen Außenminister nicht davon abgehalten, das Gespräch in dem von Gromyko gezogenen Rahmen zu führen. Für die amerikanische Politik nimmt die deutsche Wiedervereinigung trotz aller Versicherungen eben nicht den ersten Rang ein; sie wird überlagert von anderen Überlegungen und Schwierigkeiten, die den Vereinigten Staaten stärker auf den Nägeln brennen.

Diese nüchterne Feststellung wird erhärtet durch einen anderen Vorgang, von dem die deutsche Öffentlichkeit am Wochenende Kenntnis erhielt. 60 prominente, aber nicht offizielle Vertreter aus 15 NATO-Staaten hatten sich im Juni dieses Jahres auf Einladung der amerikanischen Universität Princeton zusammengefunden, um in einem Meinungsaustausch über die Sorgen der NATO, ihre Aufgaben und ihre Strategie zu beraten. Ein über diese Tagung herausgegebener Bericht vermittelt aufschlussreiche Aspekte über die innere Einstellung hervorragender westlicher Politiker zur deutschen Wiedervereinigung. Der Bericht zitiert unter anderem einen Konferenzteilnehmer mit folgenden Worten:

"Seit Jahren sagen wir nun, dass Deutschland eines Tages wiedervereintigt werden müsse, aber Tatsache ist, und ich sage das schweren Herzens, dass es vielleicht für uns besser ist, wenn die Wiedervereinigung ausbleibt."

Der Bericht vermerkt an dieser Stelle die Zustimmung vieler Konferenzteilnehmer. Bei vielen Diskussionspartnern war die Furcht zu spüren, dass ein wiedervereinigtes Deutschland als Führer eines mitteleuropäischen Sicherheitssystems möglicherweise bald zum Wiederaufleben eines nationalistischen Deutschlands mit aggressivem Charakter führen könnte. In offiziellen Bonn hat die Veröffentlichung dieses Berichtes unangenehme Überraschung ausgelöst. Man fühlt sich hier an einer der wunden Stellen der Bonner Außenpolitik getroffen. Für den politischen Beobachter sind diese Strömungen in der westlichen Politik nicht neu, die bisherige Politik der Bundesregierung hat ihnen ja in den letzten Jahren mächtigen Auftrieb gegeben. Viele westliche Politiker identifizieren die Haltung der Bundesregierung in der Frage der Wiedervereinigung mit einem stillschweigenden Bekenntnis zum Status quo. Deutlicher als je zeichnet sich die Gefahr ab, dass die Bundesrepublik von der weltpolitischen Tagesordnung übergangen wird.